



Hans-Werner Bertl
Mitglied des Deutschen Bundestages

Hans-Werner Bertl, MdB, Unter den Linden 50, 11011 Berlin

Fachverband Werkzeugindustrie e.V.
Herrn Rainer Langelüddecke
Elbersfelder Str. 77

42853 Remscheid

26.05.04

Sehr geehrter Herr Langelüddecke,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 3. Mai 2004, dem die Korrespondenz zwischen Nicolette Kressl und Ihnen beilag.

Sie wurden durch meine Kollegin bereits ausführlich über die grundsätzlichen Überlegungen, die uns zur Verabschiedung des Berufsausbildungssicherungsgesetzes bewogen haben, unterrichtet. Das möchte ich im heutigen Brief nicht mehr wiederholen. Betonen will ich eins: Freiwillige Lösungen haben für uns Vorrang. Aus diesem Grunde haben wir der Wirtschaft einen Pakt für Ausbildung angeboten und dies im Gesetz verankert. Wenn ein verbindlicher Ausbildungspakt mit der Wirtschaft zustande kommt, braucht das Gesetz nicht angewendet zu werden. Wir gehen davon aus, dass sich die Frage durch eine konzertierte Aktion aller ohne die gesetzlichen Instrumente lösen lässt.

Für den Fall, dass dieser Pakt nicht zustande kommt und die Situation am Ausbildungsmarkt sich nicht deutlich verbessert, ist es aber richtig, eine gesetzliche Regelung zu haben und zwar aus folgenden Gründen:

Ich sage Ja zur Selbstverpflichtung der Wirtschaft, aber nur wenn wir Beweise haben, dass sie eingehalten wird. Das meine ich nicht leichtfertig, aber die Bilanz der Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft ist eine klägliche. Sie brauchen sich nur einmal den Spiegel vom 10. April 2004 anzuschauen, dann wissen Sie um die gebrochenen Versprechen der Wirtschaft. Klimaschutz, Altautoverwertung, Dosenpfand, Gleichberechtigung, Benzinverbrauch, Lehrstellen – alles wurde durch Selbstverpflichtungen der Wirtschaft flankiert, nur um eine Regelung von staatlicher Seite zu umgehen. Olaf Henkel nennt dies im erwähnten Artikel „reine Notwehr“, das heißt im Umkehrschluss, bei Nichterfüllung war es eine Notlüge und damit eine lässliche Sünde.

Diesmal greifen wir zur Notwehr – Notwehr für die jungen Menschen in unserem Land, die einen Anspruch auf Ausbildung haben und Notwehr für unsere Wirtschaft, die vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung schon in wenigen Jahren

Berliner Büro: Unter den Linden 50 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 71133 • 📠 (030) 227 – 76597

✉ hans-werner.bertl@bundestag.de

Wahlkreisbüro Remscheid: • Elbersfelder Str. 39 • 42853 Remscheid ☎ (02191) 49 31 15 • 📠 (02191) 92 79 75

Wahlkreisbüro Solingen: • Mummstr. 27a • 42651 Solingen • ☎ (0212) 15 33 9 • 📠 (0212) 1 08 88

✉ hans-werner.bertl@wk.bundestag.de



Hans-Werner Bertl
Mitglied des Deutschen Bundestages

von uns Hilfe in Form von ausgebildeten und qualifizierten Fachkräften erwarten wird.

Darüber hinaus kann ich es langsam nicht mehr hören, dass das Gesetz so ein „bürokratisches Monster“ wäre. Ja, es ist kompliziert, aber vor allem deshalb, weil die deutsche Wirtschaft und andere um Ausnahmen gebeten haben. Wird etwas verfeinert, dann wird es zwangsläufig komplizierter. Das ist bei vielen Werkzeugen sicherlich nicht anders. Unsere Bemühungen, die Handwerksordnung und das Industrie- und Handelskammergesetz zu „entschlacken“, wurden von Seiten der Wirtschaft abgelehnt. Sind diese Regularien etwa weniger bürokratisch oder detailreich?

Für mich entscheidender ist eine andere Frage: Wie kompliziert ist das Leben in einer Familie, deren Kinder ein, zwei oder drei Jahre vergeblich nach einer Ausbildungsstelle gesucht haben? Wie aussichtslos verläuft das Leben eines jungen Menschen, dessen weitere Lebensplanung durch eine fehlende Ausbildung infrage gestellt wird?

Ich kann es in diesem Zusammenhang auch nicht nachvollziehen, dass Sie angesichts der bedrückenden Lage vieler Jugendlicher, Vergleiche mit diversen Arznei- bzw. Heilmitteln ziehen und schreiben, ein „Lebertran“ wäre schon das Richtige. Bei allem Verständnis und in passenden Kontexten auch mit Vorliebe für sprachliche Bilder finde ich es unzulässig, gar fahrlässig, den Lehrstellenmangel und insgesamt die deutsche Volkswirtschaft auf dieses simple Bild zu reduzieren.

Sie führen Irland, Neuseeland und die Vereinigten Staaten als Musterbeispiele für Wirtschaftswachstum an und in der Tat haben diese Länder ein höheres Wachstum als Deutschland. Aber Ihre angeführten Vergleiche hinken von vornherein, Volkswirtschaften lassen sich nicht nach simplen Schemen vergleichen. Die USA erkaufen sich ihren wirtschaftlichen Aufschwung weitestgehend über Schulden. Das Leistungsbilanzsaldo, welches angibt, ob ein Land über seine Verhältnisse lebt, ist in Amerika tief in den roten Zahlen. An jedem Börsentag brauchen die Vereinigten Staaten mehr als zwei Milliarden Euro Kredit. Irland hingegen galt bis fast zum Ende des 20. Jahrhunderts als „Armenhaus Europas“. Durch niedrige Steuern auf Unternehmensgewinne gelang es Irland – und unter Duldung der Europäischen Union – ausländische Investoren ins Land zu holen. Eben weil Irland Nachholbedarf hatte und es nicht im Sinne der EU ist, wenn die wirtschaftliche Kluft zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten eine nicht hinnehmbare Spanne aufweist. Mittlerweile kämpfen auch die Iren mit dem Problem, dass ausländische Investoren ihre Produktion wieder aus dem Land abziehen, wie wir es leider auch in Deutschland viel zu oft vorfinden.

Keine Frage, wir haben in Deutschland viele gute Unternehmen. Aber zur Unternehmensmoral und zur Ethik gehört auch, dass Unternehmen, die mit den Menschen an einem bestimmten Standort groß und auch reich geworden sind, nicht für ein paar Euro weglaufen, sondern auch in Zukunft für die Menschen in Deutschland Lehr- und Arbeitsplätze anbieten



Hans-Werner Bertl
Mitglied des Deutschen Bundestages

Sehr geehrter Herr Langelüdecke, zum Abschluss möchte ich betonen, dass ich für Diskussionen und Anregungen immer offen und dankbar bin. Auch Ihr Appell an mich, die Sorgen und Nöte der heimischen mittelständischen Wirtschaft ganz besonders im Auge zu behalten, wird von mir nicht nur angenommen; mein Handeln als Abgeordneter wird davon sogar wesentlich bestimmt.

Als Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit habe ich ein massives Interesse, kleinen und mittelständischen Unternehmen eine solide Basis für ihre Existenz zu verschaffen.

Die Programme zum Bürokratieabbau, die Finanzierungshilfen zur Verbesserung der Liquidität und insbesondere die Forschungsförderung für kleine und mittelständische Unternehmen, von denen insbesondere ja auch unsere Forschungseinrichtung für Werkzeuge und Werkstoffe profitiert, wurden von mir massiv betrieben. Sie waren und bleiben einer meiner Arbeitsschwerpunkte in Berlin.

Zu Ihrer Information und vielleicht auch zur Verbreitung an Ihre Kolleginnen und Kollegen im Fachverband lege ich diesem Schreiben einen Überblick über unsere Maßnahmen für den Mittelstand bei.

Was ich dann angesichts all dieser Aktivitäten nicht länger anhören und lesen möchte, sind Diskussionsbeiträge und Briefe, die durchgängig immer von Anderen etwas fordern, anstatt die Forderung auch einmal an sich selbst zu richten – in Taten und nicht nur in Worten.

Mit freundlichen Grüßen